

Pressemitteilung

Fachkräftegipfel der Bundesregierung

Die Bundesregierung fragt uns nicht – wir antworten trotzdem

Der Fachkräftegipfel der Bundesregierung am 7. September hatte zum Ziel, neue Fachkräfte für das zukünftige Deutschland zu gewinnen. Zu dem Gipfel waren Vertreter von Politik, Wirtschaft und Verbänden eingeladen, die Verbände der Weiterbildungsträger leider nicht. Das ist bedauerlich, denn wir begrüßen natürlich, dass die Bundesregierung als eines von fünf zentralen Handlungsfeldern eine gezielte Weiterbildung ermöglichen möchte.

Unbeantwortet bleiben daher die zentralen Fragen, unter welchen Bedingungen die Weiterbildungen, Umschulungen und Integrationskurse gerade vor dem Hintergrund der dramatischen Kostensteigerung in den vergangenen Monaten stattfinden sollen und wer diese Maßnahmen bezahlt.

Unsere Mitgliedsunternehmen machen derzeit die Erfahrung, dass sich die angebotenen Kurse aufgrund der Kostensteigerung im Energiebereich, aber auch im Bereich des Personals, nicht mehr rentieren. Die im Sommer 2022 veröffentlichten Bundesdurchschnittskostensätze (B-DKS), die von Juli 2022 bis Juli 2024 gelten, sind im Vergleich zum Jahr 2020 in vielen Bereichen nicht angestiegen, sondern sogar gefallen. Eine kostendeckende Durchführung unter den aktuellen Umständen ist für die Träger daher nicht mehr möglich. Neben einer gezielten Weiterbildung möchte die Bundesregierung als eines von fünf Handlungsfeldern die Einwanderung modernisieren. Auch hier wäre die Bundesregierung gut beraten gewesen, wenn sie sich die Expertise der Weiterbildungsverbände zu Eigen gemacht hätte. Sowohl den BAMF-Berufssprachkursträgern, aber auch allen anderen Sprachkursträgern, fehlt es zunehmend an Personal. „Ein Großteil des Personals ist bereits an staatliche Schulen abgewandert. Unsere Mitgliedsunternehmen – die Träger – können sich bei der derzeitigen Struktur nicht die Gehaltserhöhungen und Quereinstiege in dem Maße erlauben, wie es die staatlichen Schulen können.“, erläutert Klaus Vogt, Präsident des VDP. Zudem können beispielsweise ukrainische Lehrer an staatlichen Schulen unterrichten, bei Sprachkursträgern jedoch nicht.

Rekordinflationsraten, Energiepreisanstiege und Wettbewerbsnachteile gegenüber staatlichen Institutionen werfen ein schlechtes Licht auf die guten Grundideen der Fachkräftestrategie der Bundesregierung.

„Es ist schon irritierend, wenn die Bundesregierung über Weiterbildung zur Minderung des Fachkräftemangels debattiert. Dabei aber nicht das Rückgrat der Weiterbildungswertschöpfungskette, nämlich die erfahrenen Bildungsdienstleister und ihre Verbände in den Diskussionsprozess, einbezieht. Besser kann man fundamentale Praxisexpertise nicht vergeuden. Ich erachte dies als zutiefst skandalös“ sagte der Vorstandsvorsitzende des BBB, Thiemo Fojkar.

Die vier Spitzenverbände bieten für zukünftige Fachgespräche der Bundesregierung auch zukünftig ihre Unterstützung und Expertise an.

Wir stehen gerne für gemeinsame Gespräche bereit!

Kontakt:
presse@privatschulen.de

Die Bundesarbeitsgemeinschaft Arbeit e.V. (bag arbeit), der Bundesverband der Träger der beruflichen Bildung e. V. (BBB), der Evangelischer Fachverband für Arbeit und soziale Integration e.V. (EFAS) und der Verband Deutscher Privatschulverbände e.V. (VDP) vertreten einen bedeutenden Teil gemeinnütziger und privater Bildungs-, Beschäftigungs- und Qualifizierungsunternehmen in Deutschland.